

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Herbert Behrens, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/13169 –**

### **Gezielte Tötungen durch US-Drohnen und Aktivitäten sowie die Verwicklung deutscher Behörden**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

In mehreren Fällen waren und sind deutsche Behörden in „gezielte Tötungen“ durch US-Drohnen involviert. Am 4. Oktober 2010 wurde der deutsche Staatsangehörige Bünyamin E. durch einen US-Drohnenangriff im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet von einem bewaffneten Flugroboter getötet (Bundestagsdrucksache 17/8088). Viele Antworten, die zur öffentlichen Aufklärung einer möglichen Beteiligung deutscher Stellen beitragen könnten, wurden in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt. Jedoch verwies die Bundesregierung darauf, dass seitens der USA sowie der pakistanischen Regierung ebenfalls entscheidende Informationen zurückgehalten werden. So habe die deutsche Botschaft in Islamabad die pakistanischen Behörden ergebnislos „per Verbalnote wiederholt“ um Auskunft gebeten. Auch mit der Botschaft Washington sei umgehend „Kontakt mit US-Behörden aufgenommen und um Aufklärung gebeten“ worden. Selbst mithilfe des Bundesnachrichtendienstes (BND), der sich „aller ihm zur Verfügung stehenden Informationsstränge“ bediente, habe aber nicht einmal der Tod von Bünyamin E. bestätigt werden können. Dies ist aber erforderlich, damit die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren, etwa wegen Totschlag oder Mordes, aufnehmen kann. Mitgeteilt wurde seitens der Bundesregierung aber auch, dass die Bundesregierung die USA mit Angaben zu Reisebewegungen des Getöteten versehen hatte. Zwar wurde klargestellt, dass deren Übermittlung „keine (geographisch lokalisierungsfähigen) Anhaltspunkte“ liefern könnte, um den Aufenthaltsort von Bünyamin E. zu ermitteln. Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller reicht hierfür aber auch bereits die Überlassung einer Mobiltelefonnummer, das Gerät kann daraufhin leicht geortet werden. Ob dies stattgefunden hat, wurde geheim gehalten, da eine Veröffentlichung „laufende Ermittlungen und die erforderliche Vertraulichkeit des Informationsaustauschs beeinträchtigen“ würden. Erst ein Jahr später (16. Mai 2011) lieferte „DER SPIEGEL“ weitere Details zu dem Vorfall. Das Bundesministerium des Innern habe demnach „neue, restriktive Regeln erlassen und das Bundesamt für Verfassungsschutz angewiesen, keine aktuellen Daten mehr zu übermitteln, die eine Lokalisierung von Deutschen ermöglichen kön-

nen“. Im Artikel wird die „allgemeine Rechtsauffassung“ wiedergegeben, wonach in Pakistan kein bewaffneter Konflikt vorliege. Demnach würde für die Aufklärung des Bombardements das normale Strafrecht gelten. Die Bundesanwaltschaft hat diese Frage an das Auswärtige Amt, den Bundesnachrichtendienst und zwei Institute weitergereicht, die hierzu Gutachten anfertigen sollten. Am 20. Juli 2012 berichtete die „taz. die tageszeitung“, die Generalbundesanwaltschaft ermittele seit dem 10. Juli 2012 „gegen Unbekannt“ wegen eines möglichen Vergehens gegen das Völkerrecht.

Der nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller mangelnde Aufklärungswille wiederholte sich im Falle der Tötung des deutschen Staatsangehörigen Samir H. aus Aachen am 9. März 2012. Mehrfach hatte der Abgeordnete Andrej Hunko nachgefragt, über welche Informationen zu Ort und Zeitpunkt seines Todes, Tatwerkzeuge, Tatumstände etc. die Bundesregierung verfüge (Plenarprotokoll 17/177 und Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/9615). Die Bundesregierung konnte die „mutmaßliche Tötung des deutschen Staatsangehörigen“ aber weder bestätigen noch widerlegen. Der Bundesnachrichtendienst würde sich „im Rahmen des nachrichtendienstlichen Informationsaustausches“ bemühen, Erkenntnisse über den „angeblichen Tod von Samir H.“ zu gewinnen. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat „wegen des Vorfalls vom 9. März 2012“ einen Prüfvorgang angelegt. Festgestellt werden sollte, ob ein Ermittlungsverfahren in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts fallen würde. Hierzu seien „Erkenntnisfragen“ an mehrere Behörden gerichtet worden. Wieder wurden weitere, für die Bundesregierung möglicherweise belastende Informationen als Verschlussache eingestuft.

Inzwischen wurde bekannt, dass die Bundeswehr in mindestens zwei Fällen selbst US-Drohnen „bestellte“, um in Afghanistan Tötungen durchzuführen (DER SPIEGEL vom 17. März 2013). Unter Berufung auf eine nichtöffentliche Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung seien am 11. November 2010 „auf Anforderung deutscher Isaf-Kräfte“ beim Einsatz einer Drohne von US-Streitkräften im afghanischen Distrikt Chahar Darreh „vermutlich vier Angehörige der regierungsfeindlichen Kräfte getötet“ worden. In der Provinz Kunduz sei 2009 eine Sprengfalle aus der Luft zerstört worden. Es ging beim Vorfall 2010 aber offensichtlich nicht darum, gefährdeten Soldaten in einer vermeintlich bedrohlichen Situation zu helfen; vielmehr wurde ein gezielter Luftschlag angefordert und ausgeführt ([www.augengeradeaus.net/2013/03/die-deutschen-und-die-killer-drohnen-in-afghanistan](http://www.augengeradeaus.net/2013/03/die-deutschen-und-die-killer-drohnen-in-afghanistan)).

Nach den beschriebenen Tötungen sind bis zu drei Jahre vergangen, aufgeklärt und politisch aufgearbeitet sind sie bis heute nicht. Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller muss die Bundesregierung hierzu Öffentlichkeit herstellen, zumal „laufende Ermittlungen“ offensichtlich kaum noch gefährdet werden können. Die „erforderliche Vertraulichkeit des Informationsaustauschs“ gegenüber Behörden der USA und Pakistans muss hinter dem Interesse der Öffentlichkeit zurückstehen. Dies insbesondere angesichts der Pläne der Bundesregierung, selbst Kampfdrohnen zu beschaffen.

Deutlich wird die Brisanz des Themas auch deshalb, da die regierende Koalition der CDU/CSU und FDP es nach undurchsichtigen Beratungen des Verteidigungsministeriums mit „Top-Politikern“ (DER SPIEGEL vom 21. März 2013) vorzog, eine Entscheidung zum Kauf eigener Kampfdrohnen auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Der Inhalt dieser Kleinen Anfrage war bereits wiederholt Gegenstand parlamentarischer Anfragen, die von der Bundesregierung umfassend beantwortet wurden, zum Teil auch mit Hintergrundinformationen, die bei der Geheimenschutzstelle des Deutschen Bundestages als Verschlussache eingestuft zur Einsichtnahme hinterlegt wurden. Bei sich wiederholenden Fragen wird auf die bisherigen Antworten der Bundesregierung verwiesen.

1. Inwiefern hat die Bundesregierung inzwischen neuere Kenntnisse zu Ort und Zeitpunkt, Tatwerkzeuge, Tatumstände etc. zum Tod von Bünyamin E. und Samir H.?
  - a) Wann und in welcher Form hat die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren welche Anstrengungen unternommen, um neue Erkenntnisse über den Tod von Bünyamin E. und Samir H. zu erlangen?

Der Bundesregierung liegen zur mutmaßlichen Tötung des Bünyamin E. und des Samir H. weiterhin keine offiziell bestätigten Informationen vor.

Die Bundesregierung hat in beiden genannten Fällen jeweils unmittelbar nach Bekanntwerden entsprechender Medienberichte sowohl die pakistanischen als auch die Behörden der Vereinigten Staaten von Amerika über die Botschaften in Islamabad beziehungsweise Washington offiziell in Form von Verbalnoten um Auskunft gebeten. Aus den Jahren 2011 und 2012 liegen der Bundesregierung zu ihren Anfragen keine neuen Erkenntnisse bzw. Antworten der pakistanischen und der Behörden der Vereinigten Staaten von Amerika vor. Die Sicherheitsbehörden des Bundes haben seit dem Bekanntwerden des mutmaßlichen Todes der genannten Personen die ihm gesetzlich zugewiesenen Befugnisse zur umfassenden Klärung der Sachverhalte genutzt und tun dies auch weiterhin.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat wegen der Angriffe durch unbemannte Luftfahrzeuge (so genannte Drohnen) am 4. Oktober 2010 und am 9. März 2012 förmliche Ermittlungsverfahren eingeleitet.

- b) Waren Bünyamin E. und Samir H. nach derzeitigen Erkenntnissen Ziele der Drohnenangriffe?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

2. Wie oft, und in welcher Form hat die Bundesregierung bei amerikanischen und pakistanischen Stellen wegen des Einsatzes von Drohnen gegen die deutschen Staatsbürger Bünyamin E. und Samir H. interveniert?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Inwiefern werden aus Sicht der Bundesregierung seitens der USA sowie der pakistanischen Regierung entscheidende Informationen zurückgehalten?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

4. Ist – nachdem die Bundesregierung erklärt, über die mutmaßliche Tötung von Samir H. erst über „Berichterstattungen der Presse zu dem Vorfall“ erfahren haben zu wollen (Plenarprotokoll 17/177) – der Rückschluss zulässig, dass die deutschen Behörden zwar entsprechende Informationen an US-Dienste weitergeben, aber sie umgekehrt keine nachrichtendienstlichen und militärischen Erkenntnisse der USA erhalten, wenn Vorfälle auch die Bundesrepublik Deutschland tangieren?

Grundsätzlich ist der Informationsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eng und vertrauensvoll. Der Rückschluss im Sinne der Frage ist nicht zulässig.

5. Inwiefern erhält die Bundesregierung Informationen der USA, wenn durch ihre Militäreinsätze (auch nur vermutlich) deutsche Staatsbürger gezielt getötet werden oder bei den Operationen als weitere zivile Opfer ums Leben kommen?

Die Bundesregierung erhält weder im Vorfeld noch im Nachgang zu Militäreinsätzen entsprechende Informationen.

- a) Sofern die Bundesregierung hierzu keine reziproken Informationen erhält, wie bewertet sie diesen Umstand auch hinsichtlich einer zukünftigen Zusammenarbeit mit den USA?

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

- b) Hat die Bundesregierung Informationen über Samir H. oder Bünyamin E. von US-Behörden erhalten?

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung erhalten die Sicherheitsbehörden des Bundes auch von ausländischen Stellen Informationen zu terrorverdächtigen Personen aus Deutschland mit Aufenthalt in Pakistan.

- c) Über welche Hinweise (auch Vermutungen) verfügt die Bundesregierung, ob weitere deutsche Staatsangehörige oder aus Deutschland ausgekehrte Ausländerinnen und Ausländer in Pakistan, Afghanistan oder anderen Ländern durch gezielte Tötungen der USA ums Leben kamen, und inwiefern hatten deutsche Behörden hierzu vorher Hinweise geliefert?

Der Bundesregierung liegen in diesem Zusammenhang keine Erkenntnisse über etwaige gezielte Tötungen von Personen aus Deutschland vor.

6. Welche deutschen Behörden waren oder sind mit welchen Initiativen hinsichtlich der Tötung von Bünyamin E. und Samir H. befasst?
  - a) Welche Maßnahmen zur Aufklärung vermutlicher Tatorte und Tatumstände haben welche Behörden ergriffen?

Der Generalbundesanwalt hat zur Aufklärung der Angriffe am 4. Oktober 2010 und am 9. März 2012 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ferner wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

- b) Inwiefern wurden vom Bundeskriminalamt (BKA) oder anderen Behörden auch Bilder aus der Satellitenaufklärung angefordert, wie es die Bundesregierung für Tötungsdelikte „zum Nachteil deutscher Staatsangehöriger in Afghanistan“ beauskunftete (Bundestagsdrucksache 17/11582), und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu laufenden Ermittlungsverfahren.

7. Welche (neueren) Mitteilungen kann die Bundesregierung zu Adressaten, Häufigkeit, Zeitpunkt und genauem Inhalt der Daten, die deutsche Behörden nach deren Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland über Bünyamin E. und Samir H. an US-Behörden weitergegeben haben, machen?
  - a) Welche Daten wurden jeweils an US-Behörden übergeben (bei mehreren Übermittlungen von Informationen bitte eine genaue Auflistung über die jeweiligen Lieferungen, insbesondere Reisetätigkeiten der Betroffenen und ihrer Familien, Geldtransfers, Kontaktpersonen, vermutete Tätigkeiten, weitere geheimdienstliche Erkenntnisse etc.)?

- b) Welche deutschen Behörden haben die Information jeweils zur Verfügung gestellt?
- c) Welche US-Dienste haben die Informationen erhalten?
- d) Welche Dienste anderer Länder haben die Informationen, soweit der Bundesregierung bekannt, ebenfalls erhalten?
- e) Haben die US-Behörden die Daten aktiv angefordert oder haben die deutschen Beteiligten die Informationen nach Erlangung der Erkenntnisse „proaktiv“, also von sich aus weitergegeben?

Von den Sicherheitsbehörden des Bundes wurden keine diesbezüglichen Informationen an US-Behörden übermittelt, welche nicht bereits im Rahmen parlamentarischer Anfragen mitgeteilt wurden.

Im Übrigen verweist die Bundesregierung auf ihre Antwort auf die Kleine Anfrage vom 8. Mai 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9533, Frage 18) und ihre am 10. Dezember 2010 als Verschlussache eingestuft und bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Einsichtnahme hinterlegten Hintergrundinformationen zur Beantwortung der Schriftlichen Frage 6 des Abgeordneten Wolfgang Neskovic vom 22. Dezember 2010 (Bundestagsdrucksache 17/4407, S. 4). Darüber hinaus wird auf die Antworten auf die Schriftliche Frage 9 vom 3. Mai 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9615) und die Mündliche Frage 64 des Abgeordneten Andrej Hunko vom 9. Mai 2012 (Plenarprotokoll 17/177; 21034 C) sowie auf die Antwort auf die Schriftliche Frage 11 des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele vom 30. April 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9615) verwiesen.

- f) Existiert für einen derartigen Informationsaustausch ein automatisiertes Verfahren, und wie ist dieses organisiert?

Der Austausch von Daten der Sicherheitsbehörden des Bundes mit internationalen Partnern (z. B. Anschlagplanungen oder Warnhinweise zu Anschlägen) erfolgt nach den hierfür vorgesehenen Übermittlungsbestimmungen im Bundeskriminalgesetz, Bundesverfassungsschutzgesetz und dem Gesetz über den Bundesnachrichtendienst.

8. Inwiefern wurden im Sinne dieser Kleinen Anfrage seit dem Jahr 2008 personenbezogene Informationen auch über in Deutschland wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer, die mit dem Reiseziel Pakistan oder Afghanistan Deutschland verließen, an amerikanische bzw. pakistanische oder afghanische Stellen weitergegeben?
- a) Welche Daten wurden jeweils an US-Behörden übergeben (bei mehreren Übermittlungen von Informationen, bitte eine genaue Auflistung über die jeweiligen Lieferungen, insbesondere Reisetätigkeiten der Betroffenen und ihrer Familien, Geldtransfers, Kontaktpersonen, vermutete Tätigkeiten, weitere geheimdienstliche Erkenntnisse etc.)?
  - b) Welche deutschen Behörden haben die Information jeweils zur Verfügung gestellt?
  - c) Welche US-Dienste haben die Informationen erhalten?
  - d) Welche Dienste anderer Länder haben die Informationen, soweit der Bundesregierung bekannt, ebenfalls erhalten?

- e) Haben die US-Behörden die Daten aktiv angefordert, oder haben die deutschen Beteiligten die Informationen nach Erlangung der Erkenntnisse „proaktiv“, also von sich aus weitergegeben?

Die Sicherheitsbehörden des Bundes haben im Sinne dieser Kleinen Anfrage keine personenbezogenen Informationen an ausländische Stellen übermittelt. Der Austausch von Daten mit internationalen Partnern erfolgt im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach den hierfür vorgesehenen Übermittlungsbestimmungen im Bundeskriminalgesetz, Bundesverfassungsschutzgesetz und dem Gesetz über den Bundesnachrichtendienst.

9. Inwiefern hat die Bundesregierung nach den Drohnenangriffen auf Bünyamin E. und Samir H. ihre Politik der Informationsweitergabe an US-Behörden überdacht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 7f verwiesen.

10. Inwiefern werden wie im Falle von Bünyamin E. und Samir H. weiterhin Reiserouten verdächtiger deutscher Staatsangehöriger bzw. Ausländerinnen und Ausländer nach Pakistan an die USA weitergegeben?

Von den Sicherheitsbehörden des Bundes wurden im Falle der genannten Personen keine Reiserouten weitergegeben. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

11. Wie wird sichergestellt und überprüft, dass die immer noch an die USA übermittelten Daten nicht zu einer Lokalisierung der Betroffenen führen können?

Die Sicherheitsbehörden des Bundes geben grundsätzlich keine Informationen weiter, die unmittelbar für eine zielgenaue Lokalisierung benutzt werden können.

- a) Inwiefern ist die Bundesregierung der Ansicht, dass über die Ortung von Mobiltelefonen eine geographisch lokalisierungsfähige Bestimmung des Aufenthaltsortes seiner Besitzerinnen und Besitzer ermöglicht werden kann, bzw. inwiefern sind ihre eigenen Behörden dazu in der Lage (bitte nicht nur für Deutschland, sondern auch für den BND, den Militärischen Abschirmdienst und die Bundeswehr in Pakistan und Afghanistan darstellen)?

Die Sicherheitsbehörden des Bundes verfügen über keine derartigen technischen Einrichtungen.

- b) Werden Telefonnummern von Mobiltelefonen Verdächtiger an die USA weitergegeben?
- c) Welche Zweckbestimmungen des Umgangs mit übermittelten Telefonnummern wurde der Bundesregierung durch US-Behörden zugesichert, und für wie glaubhaft hält sie diese?

Die Sicherheitsbehörden des Bundes übermitteln GSM-Mobilfunknummern nach den gesetzlichen Übermittlungsbestimmungen. Im Übrigen wird auf die Antworten zu Frage 7f und auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 7. Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 17/8088) verwiesen.

12. Welche Hinweise oder Annahmen liegen der Bundesregierung vor, wonach auch in Deutschland angesiedelte US-Einrichtungen in die in dieser Kleinen Anfrage gegenständlichen Tötungen, aber auch ähnliche Operationen in anderen Ländern involviert sind oder hierfür Informationen sammeln und verarbeiten?
- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, inwiefern die in Stuttgart eingerichteten „United States Africa Command“ (AFRICOM) und „United States European Command“ (EUCOM) diesbezüglich aktiv sind (Bundestagsdrucksache 17/11540)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

- b) Inwiefern kann die Bundesregierung bestätigen oder ausschließen, dass auch das ebenfalls in Stuttgart ansässige „Joint Interagency Counter Trafficking Center“ (JICTC) hierzu Informationen erhält oder weitergibt, zumal zu dessen Tätigkeitsfeldern neben Waffenhandel auch „Terrorismus“ gehört und das mit „internationalen Partnern“ in Europa und Afrika zusammenarbeitet (Bundestagsdrucksache 17/11540)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Ferner verweist die Bundesregierung auf ihre Antwort vom 20. November 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11540, Frage 12, S. 3) auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 18. Oktober 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11101).

- c) Sofern zuträfe, dass in Deutschland angesiedelte US-Einrichtungen in besagte Tötungen in Afghanistan, Pakistan und anderen Ländern involviert wären, inwiefern wären diese Einrichtungen dann nach Einschätzung der Bundesregierung aus völkerrechtlicher Sicht legitime Angriffsziele für gegnerische Kräfte?
- d) Inwiefern wäre hierfür nach Einschätzung der Bundesregierung maßgeblich, ob in den besagten Ländern ein „bewaffneter Konflikt“ vorliegt, und für welche Länder träfe dies zu?

Die Bundesregierung gibt keine Einschätzungen zu hypothetischen Fragestellungen im Sinne der Frage ab.

13. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Ansicht bzw. ist anderer Meinung, wonach zuvor geheim gehaltene Informationen über die Verwicklung deutscher Behörden in die Durchführung oder Aufklärung des Todes von Bünyamin E. und Samir H. nunmehr öffentlich gemacht werden können, da dies keine laufenden Ermittlungen mehr beeinträchtigt?

Dem Generalbundesanwalt liegen keinerlei Informationen über die Verwicklung deutscher Behörden „in die Durchführung“ des Tods von Bünyamin E. und von Samir H. vor. Erkenntnisse, die im Rahmen von strafprozessualen Ermittlungsverfahren beim Generalbundesanwalt anfallen, können nur nach Maßgabe der entsprechenden Vorschriften der Strafprozessordnung an Dritte weitergegeben werden. Eine Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen ist – jedenfalls vor Abschluss eines Ermittlungsverfahrens – daher nicht vorgesehen.

14. Was haben die Anstrengungen der Bundesanwaltschaft ergeben, zu prüfen, ob in Pakistan ein „bewaffneter Konflikt“ vorliegt?
- a) Wie haben sich das Auswärtige Amt und der BND hierzu positioniert?

Das Vorliegen eines – internationalen oder nichtinternationalen – bewaffneten Konflikts ist gemeinsames Tatbestandsmerkmal der Straftatbestände der §§ 8 ff.

VStGB (Kriegsverbrechen). Vor diesem Hintergrund hat der Generalbundesanwalt im Rahmen der Ermittlungen wegen des Tötungsverdachts des Bünyamin E. und des Samir H. zunächst vorrangig untersucht, ob an den vermeintlichen Tatorten zum Tatzeitpunkt ein solcher bewaffneter Konflikt herrschte, und diese Fragen nach Abschluss der Prüfung bejaht. Dies ist unabhängig von der Bewertung durch andere Stellen.

- b) Welche zwei Institute (DER SPIEGEL vom 16. Mai 2011) bzw. weitere Stellen waren im Auftrag der Bundesregierung mit der Überprüfung zum bewaffneten Konflikt in Pakistan befasst, und welche Ergebnisse kann sie hierzu mitteilen?

Der Generalbundesanwalt hat zur Frage, ob zum vermeintlichen Tatzeitpunkt am 4. Oktober 2010 in der Gegend von Mir Ali in Waziristan/Pakistan ein bewaffneter Konflikt herrschte, Gutachten des „Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung“ und der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Auftrag gegeben und zwischenzeitlich auch erhalten. Auf die Antwort zu Frage 15 wird Bezug genommen.

- 15. Was haben die Prüfvorgänge bzw. Ermittlungen des Generalbundesanwalts hinsichtlich der Tötungen von Bünyamin E. und Samir H. bislang ergeben?
  - a) Welche „Erkenntnisanfragen“ wurden hierzu an welche Behörden gerichtet?
  - b) Welche Zeuginnen oder Zeugen wurden hierzu bislang vernommen?
  - c) Welches Material wurde bislang beschafft, und auf welches wird gewartet?
  - d) Gegen wen wird mit welchem Vorwurf ermittelt?
  - e) Sofern „gegen Unbekannt“ ermittelt wird, inwiefern liegt nach Ansicht der Bundesregierung eine Täterschaft von US-Staatsangehörigen nahe?

Die Prüfvorgänge haben jeweils zur Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen der mutmaßlichen Tötungen von Bünyamin E. und Samir H. geführt. Die Ermittlungsverfahren werden wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das VStGB sowie wegen des Verdachts der Tateinheitlichen Verwirklichung von Straftatbeständen des StGB (insbesondere die §§ 211, 212 StGB) geführt. Die Ermittlungen dauern in beiden Verfahren an. Weitergehende Auskünfte können nicht erteilt werden. Zwar folgt aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) ein Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung, an dem die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen als Zusammenschlüsse von Abgeordneten nach Maßgabe der Ausgestaltung in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages teilhaben und dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung unterliegt. Diese Antwortpflicht unterliegt aber verfassungsrechtlichen Grenzen (vgl. BVerfGE 124, 161 [188]). Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung das Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege hervorgehoben, dass der Rechtsstaat nur verwirklicht werden kann, wenn sichergestellt ist, dass der staatliche Strafanspruch durchgesetzt wird. Die verfassungsrechtliche Pflicht des Staates, eine funktionstüchtige Rechtspflege sicherzustellen, umfasst danach auch die Pflicht, die Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sicherzustellen (vgl. BVerfGE 51, 324 [343 f.]). Die Durchführung des Strafverfahrens würde aber gefährdet werden, wenn Auskunft zu bisherigen Ermittlungsergebnissen erteilt würde, da dadurch weitergehende Er-

mittlungmaßnahmen erschwert oder gar vereitelt werden könnten. Nach konkreter Abwägung des parlamentarischen Auskunftsrechts mit der aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten Pflicht zur ordnungsgemäßen Durchführung des Strafverfahrens gelangt die Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass während der Dauer Strafverfahrens das parlamentarische Auskunftsrecht zurücktritt.

16. Welche Ermittlungshindernisse sieht die Bundesregierung in den beiden Prüfvorgängen bzw. Ermittlungen des Generalbundesanwalts?

Ermittlungen zu völkerstrafrechtlich relevanten Geschehnissen im Ausland gestalten sich grundsätzlich schwierig, da Erkenntnisse vor Ort ausschließlich im Rechtshilfewege gewonnen werden können. Für die beiden genannten Ermittlungsverfahren kommt erschwerend hinzu, dass sich die mutmaßlichen Tatorte in unzugänglichen Gebieten der afghanisch/pakistanischen Grenzregion befinden.

17. Wie könnten demnach vergleichbare Schwierigkeiten der Aufklärung oder Strafverfolgung zukünftig vermieden werden (bitte insbesondere zur Zusammenarbeit mit den USA darstellen)?

Eine Vermeidung der in der Antwort zu Frage 16 dargestellten Schwierigkeiten bei der Aufklärung von Völkerstraftaten, die im Ausland begangen wurden, erscheint kaum möglich. Der Grundsatz der Souveränität der Staaten wird es auch in künftigen Fällen unumgänglich machen, hoheitliches Handeln staatlicher deutscher Stellen, insbesondere von Ermittlungsbehörden, auf Grundlage internationaler Rechtshilfe durchzuführen, so dass die Durchführung solcher Ermittlungshandlungen im Ausland vom Einverständnis der dortigen staatlichen Stellen abhängig bleiben wird.

18. Inwiefern trifft es zu, dass in mindestens zwei Fällen erst „auf Anforderung deutscher Isaf-Kräfte“ US-Drohnen an Kriegshandlungen teilnahmen?
- Wann und wo ist dies nach Kenntnis der Bundesregierung bislang vorgekommen?
  - In welchen der Fälle wurde diesbezüglich jeweils eine Luftnahunterstützung (Close Air Support) bzw. ein Luftangriff (Air Strike) oder andere Maßnahmen angefordert (bitte jeweils einzeln darstellen)?
  - In welchen der Fälle waren Soldatinnen oder Soldaten der Bundesregierung bzw. anderer Kräfte direkt bedroht, zum Beispiel in einer unmittelbaren Kampfhandlung?

Die Bundesregierung verweist auf ihre Antwort vom 20. Dezember 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11956, Frage 9) auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29. November 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11769).

19. Wieviele Tote und Verletzte hatten die Drohnenangriffe nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils zur Folge?

Dem Verständnis der Bundesregierung nach bezieht sich die Frage 19 auf die Frage 18 dieser Kleinen Anfrage. Diesbezüglich wird auf die Antwort zu Frage 18 verwiesen.

- a) Inwiefern kann die Bundesregierung sicherstellen, dass dabei keine Unbeteiligten getötet wurden?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über zivile, unbeteiligte Opfer vor. Ein Einsatz von Wirkmitteln erfolgt ausschließlich gegen positiv identifizierte regierungsfeindliche Kräfte als militärische Ziele. Darüber hinaus sind die derzeit gültigen detaillierten Einsatzregeln gerade darauf ausgerichtet, Unbeteiligte zu schützen. Diese Einsatzregeln wurden in jüngster Vergangenheit durch einen Befehl des Befehlshabers der ISAF (COM ISAF Tactical Directive) dahingehend verschärft, dass indirekte Wirkmittel ausschließlich nur in ausreichender Entfernung zu Wohn- und Nutzinfrastruktur eingesetzt werden dürfen. Alle bei ISAF zum Einsatz indirekter Wirkmittel autorisierten Entscheidungsträger werden monatlich dahingehend aus- und weitergebildet sowie belehrt.

- b) Sofern sie dies nicht sicherstellen kann, wie viele Unbeteiligte wurden nach Kenntnis der Bundesregierung getötet, und wie viele Kinder befanden sich darunter?
- c) Sofern hierzu keine belastbaren Statistiken existieren, inwiefern kann die Bundesregierung wenigstens über einzelne Fälle berichten?

Es wird auf die Antwort zu Frage 18 verwiesen.

20. Wer hat in den jeweiligen Fällen entschieden, welche Art der Luftunterstützung entsandt wird (beispielsweise Kampffjet, Kampfhubschrauber oder Drohne)?

Die Entscheidung über die Auswahl der Plattform für die angeforderte Luftunterstützung erfolgte im Headquarter ISAF Joint Command (HQ IJC).

- a) In welchen Fällen und inwiefern hatten die verantwortlichen Bundeswehrsoldaten hierzu die Möglichkeit, die Wahl der Mittel mitzubestimmen?

Die entsprechende Weisungslage bei ISAF sieht vor, dass keine speziellen Wirkmittel oder Plattformen, sondern ausschließlich Fähigkeiten angefordert werden.

- b) Auf welche Art und Weise und mit welchem Ergebnis wurden bzw. werden die von der Bundeswehr „angeforderten“ Drohneneinsätze nach Anforderung durch die Bundeswehr im Nachhinein untersucht?

Die Weisungslage bei ISAF schreibt eine Zielkontrolle (Battle Damage Assessment/BDA) nach jedem Waffeneinsatz vor. Liegen nach einem Waffeneinsatz Erkenntnisse oder Hinweise auf zu Schaden gekommene Unbeteiligte vor, wird durch ISAF eine weiterführende Untersuchung veranlasst.

21. Wie bewertet die Bundesregierung die in dieser Kleinen Anfrage gegenständlichen Drohnenangriffe vom 4. Oktober 2010, 11. November 2010 und 9. März 2012 mittlerweile aus menschen-, bürger- und völkerrechtlicher Perspektive?

Eine Bewertung im Sinne der Anfrage setzt eine präzise Faktengrundlage voraus, über die die Bundesregierung für die Vorgänge vom 4. Oktober 2010 und vom 9. März 2012 nicht verfügt. Im Übrigen verweist die Bundesregierung auf ihre Antwort vom 7. Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 17/8088, Frage 6,

S. 5) auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 21. November 2011 (Bundestagsdrucksache 17/7799) sowie auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 8. Mai 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9533). Bezugnehmend auf den Waffeneinsatz vom 11. November 2010 verweist die Bundesregierung auf ihre Antwort vom 20. Dezember 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11956, Frage 9) auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29. November 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11769).

22. Welche weitergehenden, über die auf der Projektwebseite aufgeführten Details ([www.ce.informatik.tu-chemnitz.de/forschung/projekte/sagitta](http://www.ce.informatik.tu-chemnitz.de/forschung/projekte/sagitta)) kann die Bundesregierung zu ihrer Beteiligung am Projekt „Sagitta“ mitteilen, das von EADS Cassidian, vier deutschen Hochschulen, der Bundeswehr und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. betrieben wird und die Entwicklung einer Drohnenplattform zum Ziel hat, um den „Fokus der Forschung mittel- bis langfristig in eine geschäftsorientierte Richtung für unbemannte/autonome Flugsysteme zu lenken“?
- a) Inwiefern beinhalten die Forschungen an „Sagitta“ auch Erkenntnisse zur Entwicklung einer Kampfdrohne bzw. der Bewaffnung bestehender oder zukünftiger Systeme?

Beim Projekt Sagitta handelt es sich um einen UAV-Technologieträger der Firma EADS Cassidian. Mit dem Technologieträger sollen anhand eines Nurflügelkonzeptes innovative Antriebs- und Flugsteuerungskonzepte untersucht werden. Firma EADS Cassidian rief dazu eine „Open-Innovation“-Initiative ins Leben. Die einzelnen Arbeitspakete wurden ausgeschrieben und werden von Fa. EADS Cassidian finanziert. Welche Erkenntnisse die Fa. EADS Cassidian aus ihren eigenfinanzierten Forschungen zieht, kann von Seiten der Bundesregierung nicht bewertet werden.

- b) Inwieweit wird im Rahmen von „Sagitta“ auch an Verfahren geforscht, Drohnen in den allgemeinen, zivilen Luftraum zu integrieren?

Nach Einschätzung der Bundesregierung sind die Forschungen der Firma Cassidian derzeit nicht geeignet, um Verfahren zur Integration von UAV in den allgemeinen Luftraum zu entwickeln.

- c) Inwiefern sind die Forschungen an „Sagitta“ geeignet, die Entwicklung einer „europäischen Lösung“ zu Kampfdrohnen zu beschleunigen oder zu erleichtern, wie es seitens des Verteidigungsministeriums angestrebt wird (SPIEGEL ONLINE vom 1. April 2013 „Skepsis in der CDU: Widerstand gegen de Maizières Drohnenpläne wächst“)?

Die Forschungen an Sagitta sind nach Einschätzung der Bundesregierung nicht darauf ausgerichtet, eine eventuelle Entwicklung eines bewaffneten UAV zu beschleunigen oder zu erleichtern.

23. Welche weiteren Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Spionagefall in Bremen, in dessen Zusammenhang ein pakistanischer Wissenschaftler verhaftet wurde, der angeblich das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. ausforscht hatte (FOCUS vom 28. März 2013)?
- a) Mit welchen Verfahren zur Herstellung, Steuerung oder Kontrolle von Drohnen war das ausgeforschte Unternehmen betraut?
- b) Inwiefern trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der Verdächtige ein Agent des pakistanischen Geheimdienstes sein könnte?

- c) Welche Informationen konnte der Verdächtige nach jetzigem Stand erlangen und weitergeben, bzw. welcher Verdacht besteht hierzu?

Es handelt sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren. Zwar folgt aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG ein Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung, an dem die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen als Zusammenschlüsse von Abgeordneten nach Maßgabe der Ausgestaltung in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages teilhaben und dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung unterliegt. Diese Antwortpflicht unterliegt aber verfassungsrechtlichen Grenzen (vgl. BVerfGE 124, 161 [188]). Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung das Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege hervorgehoben, dass der Rechtsstaat nur verwirklicht werden kann, wenn sichergestellt ist, dass der staatliche Strafanspruch durchgesetzt wird. Die verfassungsrechtliche Pflicht des Staates, eine funktionstüchtige Rechtspflege sicherzustellen, umfasst danach auch die Pflicht, die Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sicherzustellen (vgl. BVerfGE 51, 324 [343 f.]). Die Durchführung des Strafverfahrens würde aber gefährdet werden, wenn Auskunft zu bisherigen Ermittlungsergebnissen erteilt würde, da dadurch weitergehende Ermittlungsmaßnahmen erschwert oder gar vereitelt werden könnten. Nach konkreter Abwägung des parlamentarischen Auskunftsrechts mit der aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten Pflicht zur ordnungsgemäßen Durchführung des Strafverfahrens gelangt die Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass während der Dauer Strafverfahrens das parlamentarische Auskunftsrecht zurücktritt.

- d) Welche Behörden der Bundesregierung sind zu dem Fall mit welchen Ermittlungen und Nachforschungen betraut?

Das Ermittlungsverfahren wird vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführt. Dieser entscheidet im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse, inwieweit es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist, Erkenntnisse anderer Behörden einzuholen.

24. Wer waren die „Top-Politiker“, die nach einem Bericht des „SPIEGEL“ (21. März 2013) nach Einladung des Verteidigungsministeriums über die Beschaffung von Kampfdrohnen berieten und schließlich vorzogen, eine Entscheidung hierzu auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben, und wer ist für das Zustandekommen des Treffens bzw. die Auswahl der Eingeladenen verantwortlich?

Das in der Fragestellung angeführte Gespräch kann seitens der Bundesregierung nicht bestätigt werden.